



Mit Mut, kooperativem Politikstil und Zuversicht die Stadt Königswinter weiterentwickeln

Koalitionsvereinbarung für die Stadtratsperiode
2020-2025

zwischen der Königswinterer Wählerinitiative und den
Parteien SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Inhalt

1. Präambel
2. Königswinter nachhaltig entwickeln
3. Kinder und Jugendliche
4. Schule, Sport und Städtepartnerschaften
5. Soziales, Generationen und Integration
6. Kultur-, Tourismus- und Wirtschaftsförderung
7. Bürgerbeteiligung
8. Finanzen
9. Digitalisierung

1. Präambel

Die Stadt Königswinter ist eine lebenswerte und liebenswerte Stadt mit viel Potenzial. Sie erstreckt sich vom Rhein über die Höhen des Siebengebirges bis ins Pleiser Hügelland. Sie vereint mit ihren denkmalgeschützten Wohnhäusern städtisches Ambiente am Rhein mit urbaner Siedlungsstruktur im Bergbereich. Tourist*innen aus der ganzen Welt wandern im Siebengebirge, erklimmen den Drachenfels über die historische Zahnradbahn und besuchen Kloster Heisterbach und die Propstei Sankt Pankratius. Königswinter zieht seit vielen Jahren kreative Menschen an und erfreut sich wachsender Beliebtheit bei Jung und Alt.

Die letzte Dekade hat gezeigt, dass die herkömmlichen Antworten der Politik nicht mehr ausreichen. Die Herausforderungen, denen sich die kommunale Politik gegenüber sieht, sind größer geworden: Das Wachstum der städtischen Bevölkerung, die Alterung der Gesellschaft, der Strukturwandel in der Wirtschaft, der vermehrt bemerkbare Klimawandel und die schnelle Ausbreitung einer globalen Pandemie wie Corona sind Themen, auf die politische Gremien und Verwaltung auch auf kommunaler Ebene reagieren müssen.

Die Stadt Königswinter kann nur dann weiterhin attraktiv und lebenswerte bleiben, wenn anstehende ökologische, ökonomische und soziale Themen durch eine vorausschauende Entwicklung der Stadt in all ihren Facetten aufgefangen werden.

Die Koalitionspartner begreifen behutsames Wachstum als Chance zur Gestaltung. Sie sind sich ihrer Verantwortung gegenüber den Bürger*innen bewusst und bekennen sich zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung, die einerseits für die wachsende Bevölkerung in den Stadtteilen bezahlbaren Wohnraum schafft, andererseits aber auch die ökologischen Notwendigkeiten in stärker bebauten Stadtteilen bedenkt und die Bewahrung von Natur und Umwelt im städtischen Kontext anerkennt.

Der globale Klimawandel macht auch vor Königswinter nicht halt, auch unsere Stadt muss nach Alternativen suchen, wenn es um die Reduktion klimaschädlicher Emissionen geht. Zu einer nachhaltigen Entwicklung gehören auch Veränderungen im Mobilitätsverhalten: Die Erhöhung des Radverkehrsanteils am Gesamtverkehr durch eine deutliche Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur ist hierzu genauso notwendig wie lokales Carsharing oder z.B. Angebote von Sammeltaxis. Ziel unserer Bemühungen soll es sein, früher als geplant einen großen Beitrag zur Minderung der klimaschädlichen Emissionen zu leisten und damit die Auswirkungen des globalen Klimawandels mildern zu helfen.

Für attraktive Stadtteile und ein gutes Zusammenleben ist zudem eine gute Infrastruktur wichtig. Ein vorrangiges Ziel der Koalition ist es daher auch, die vorhandene Infrastruktur zu erhalten, weitere Bedarfe zu erkennen und ihnen im Zuge der Stadtentwicklung gerecht zu werden. Dabei geht es um soziale Infrastruktur, wie z.B. Kitas und Schulen oder auch Senioreneinrichtungen, eine gute Ärzteversorgung, ausreichend kulturelle und sportliche Angebote in den Stadtteilen oder Spielplätze und Grünanlagen für die Bevölkerung. Digitalisierung bietet Chancen für eine bürgernahe Verwaltung, für die Stärkung von Wirtschaft und Handel und nicht zuletzt für alternative Lernformen. Die Herausforderung, eine flächendeckende Breitbandversorgung sicherzustellen, gehen wir an.

Die Koalitionspartner stellen sich der Verantwortung, die Entwicklung Königswinters in den nächsten Jahren gemeinsam zu gestalten und im intensiven Dialog mit Bürger*innen in Königswinter voranzubringen. Dabei werden wir die Beteiligung von Frauen in allen gesellschaftlichen Gremien fördern, uns für gleiche Teilhabe aller Geschlechter in allen Lebensbereichen einsetzen und Maßnahmen dazu regelmäßig überprüfen.

Wir machen uns stark für eine offene und gerechte Gesellschaft. Die Ziele und Maßnahmen sind in diesem Koalitionsvertrag beschrieben.

KöWi, Grüne und SPD streben dabei einen politischen Stil an, der den Dialog fördert und zugleich der auf allen Ebenen voranschreitenden Polarisierung und verbalen Verrohung durch rechtspopulistische Kräfte entgegenwirkt. Ein demokratisches Gemeinwesen braucht die gemeinsame Verantwortung für unsere gemeinsamen Werte einer liberalen Demokratie und die unveräußerlichen Rechte des Einzelnen. Demokratie braucht auf allen Ebenen die sachliche Diskussion und den fairen Umgang miteinander.

2. Königswinter nachhaltig entwickeln

Die Koalition bekennt sich zu den 2015 mit der Agenda 2030 verabschiedeten nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen, die als Handlungs- und Orientierungsrahmen gleichermaßen für alle Staaten gelten. Umweltbezogene, wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeitsziele sollen gleichwertig als ganzheitlicher Ansatz umgesetzt werden. Für das Erreichen dieser Ziele kommt insbesondere den Kommunen eine bedeutsame Rolle zu. Wir

unterstützten diese Ziele, indem wir sie in unsere Vereinbarung für die kommenden fünf Jahre aufnehmen.

Die Nachhaltigkeitsziele müssen in ein noch zu entwickelndes Leitbild für Königswinter entsprechend einfließen. Die Ziele, die in diesem Leitbild (der Vision) definiert werden, sollten im regionalen Kontext gesehen und verfolgt werden.

Das Leitbild bildet die Grundlage für die zukünftige systematische Entwicklung der Stadt und ist Richtschnur und Orientierungsrahmen für die Bürger*innen, den Stadtrat und für die Verwaltung. Zudem sind die Bedürfnisse und Erwartungen der Bürger*innen ebenfalls ein Maßstab für unsere Ziele und unser Handeln, sofern gesetzliche Vorgaben dem nicht im Weg stehen. Nach Möglichkeit beteiligen wir die Bürger*innen an unseren Planungen und Aktivitäten.

Klimaneutralität als Querschnittsaufgabe

Die dramatische Klimaentwicklung erfordert entschlossenes Handeln. Aufgrund der vielfältigen kommunalen Handlungsfelder müssen die Städte und Gemeinden genau wie die privaten Haushalte und Unternehmen ihren Beitrag zur Minderung der Klimagasemissionen leisten. Die Koalition betrachtet das Ziel einer Klimaneutralität der Stadt Königswinter deutlich vor 2050 als eine der prioritären Aufgaben. Die kommende Dekade muss zwingend zu einer entscheidenden Weichenstellung für mehr Klimaschutz und Klimavorsorge genutzt werden. Dazu will Königswinter einen Beitrag leisten.

Möglichst zu Beginn des Jahres 2021 sollte ein Klimamanager/eine Klimamanagerin eingestellt werden. Er/sie soll maßgeblich die Umsetzung des Klimaschutz-Maßnahmenprogramms der Stadt organisieren und zunächst die Durchführung der Potenzialanalyse für Königswinter steuern.

So sollen ausreichendes Datenmaterial für die weitere Priorisierung der notwendigen Maßnahmen für den Klimaschutz gewonnen werden und kurz- und mittelfristige strategische Ziele für die unterschiedlichen Handlungsfelder abgeleitet werden.

Schützenswerter Baumbestand soll in seiner Funktion für Natur, Umwelt- und Klimaschutz erhalten bleiben und wird durch die Einführung einer darauf ausgerichteten Baumschutzsatzung sichergestellt.

Handlungsfeld Siedlungsentwicklung

Boden ist ein knapper Faktor und natürlich entwickelte Landschaft, Wälder, Heckenstrukturen, naturbelassene Siefen, verwilderte Brachen, Wiesen, Äcker und vieles mehr sind die Quelle der Biodiversität und haben eine hohe Naherholungsfunktion. Zudem dienen sie in erheblichem Maße als Kohlenstoffspeicher.

Deshalb dient die rechtliche Regelung „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ auch als Richtschnur für die Stadtentwicklungspolitik der Koalition.

Als strategischer Rahmen für die Baulandentwicklung soll ein Baulandprogramm erarbeitet werden, das folgende Eckpunkte berücksichtigt:

- Die Stadt soll moderat wachsen, um der erheblichen Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum gerecht zu werden. Dabei sollen spezielle Zielgruppenkonzepte (insbesondere Familien und Senioren) berücksichtigt werden.
- Durch ausreichenden Wohnungsneubau sollen zudem die teilweise erheblichen Preissteigerungen eingebremst werden. Zusätzlich soll durch die Einführung einer Zweckentfremdungssatzung bestehender Wohnraum seinem eigentlichen Zweck zugeführt werden.
- Im Stadtgebiet gibt es formal noch rund 80ha bebaubare Flächen im Innenbereich. Diese müssen, soweit sie auch tatsächlich kurz- oder mittelfristig bebaubar sind, vorrangig betrachtet werden. Grundsätzlich gilt: Maßvolle Nachverdichtung bestehender Wohngebiete und Innenentwicklung muss Vorrang vor Außenentwicklung haben!
- Nutzung von Gewerbebrachen
- Aktivierung von Baulücken forcieren
- Überarbeitung der Innenbereichssatzungen

Zur Abdeckung eines zusätzlichen Bedarfs können einzelne Potenzialflächen hinzugenommen werden:

- Vorrangige Berücksichtigung der Potenzialflächen in Oberpleis (1. Priorität) und Stieldorf

- Dies verbunden mit einer maßvollen Reduzierung der sehr umfangreichen Oberpleiser Flächen (Ökologische Freiflächenentwicklung und Berücksichtigung der Naherholungsinteressen der Wohnbevölkerung)
- Prüfung der Stieldorfer Flächen „Auf der Groneswiese/Auf dem Forst“ sowie „Westlich Pfarrer-Palm-Straße“ möglichst als ökologisches Vorzeige-Projekt (Masterplan RSK)
- Herausnahme der Flächen „Auf den Steinen/Hohnacker“
- Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für den B-Plan 50/19. Die Fläche „westlich und östlich der Holtorfer Straße“ wird nicht in den Flächennutzungsplan aufgenommen. Langfristig können bei Bedarf Teilbereiche hinsichtlich ihrer Verwertbarkeit neu bewertet werden.

Im Baulandprogramm werden die Flächen definiert, mit denen die wohnungsbaupolitischen Ziele der Stadt erreicht werden sollen.

Für die Umsetzung des Baulandprogramms muss zwingend das Baulandmodell weiterentwickelt und konkretisiert werden. Es muss dort angewendet werden, wo neue Baurechte geschaffen und mehr als 20 WE realisiert werden. Dabei soll Zwischenerwerb grundsätzlich als eine Handlungsalternative für die Schaffung von öffentlich gefördertem Wohnraum genutzt werden. Auch insgesamt soll der öffentlich geförderte Wohnungsbau forciert werden.

Weitere Aspekte bei der Siedlungsentwicklung:

- Kommunales Erbbaurecht weiterhin berücksichtigen
- Verkauf städtischer Grundstücke mit Priorität nach konzeptionellen Vorhaben
- Wir halten die Bebauung des Sumpfweg-Geländes in Niederdollendorf für falsch und werden dementsprechend den Bebauungsplan aufheben.

Diese und weitere Aspekte sind bei der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans der Stadt Königswinter zu berücksichtigen.

Gewerbeflächen konsequent entwickeln

Wir wollen Königswinterer Unternehmen – aber nicht nur diesen – Flächen zur Entwicklung anbieten. Deshalb wollen wir zunächst das neue Gewerbegebiet „Siefen“ wie auch das

„eingeschränkte Gewerbegebiet“ zwischen Königswinterer Straße und Grundschule in Oberpleis zügig entwickeln.

Handlungsfeld Verkehrswende

Wir stehen für eine Verkehrswende in Königswinter, um die Nachhaltigkeitsziele, für die wir einstehen wollen, auch im Bereich der Mobilität zu erreichen. Dazu wollen wir den Modal Split hin zu umweltfreundlichen Verkehrsmitteln verändern. Damit wir das erreichen, werden wir in Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen einen Maßnahmenplan für eine integrierte Verkehrsplanung erstellen.

- Im Bereich der Fahrradmobilität werden wir ein Radwege-Konzept mit klarer Priorisierung erarbeiten, um die Lücken in unserem Radwegenetz zu schließen, neue Fahrradwege zu bauen und bestehende instand zu setzen. Dafür werden wir zudem auf die zuständigen Straßenbaulastträger zugehen.
- Wir werden hierzu konsequent Fördermittel generieren, sind aber auch bereit, städtische Mittel zu investieren.
- Dabei werden wir auch die Infrastruktur rund um den Fahrradverkehr ausbauen z.B. ausreichend sichere Abstellplätze vor allem an Verkehrsknotenpunkten, genügend E-Ladestationen, Fahrradreparatursäulen.
- Wichtig ist uns zudem das Heranbringen der Kindergartenkinder und Schulkinder an das Thema Fahrradfahren, da hier der Grundstein zur späteren Fahrradnutzung gelegt wird. Hierzu wollen wir die Schulen und Kitas bitten diesem Thema mehr Platz zu geben.

Um den Individualverkehr zu reduzieren, soll der ÖPNV in Kooperation mit dem Rhein-Sieg-Kreis attraktiver gestaltet werden. Konkret setzen wir uns dafür ein:

- Schnellbuslinien in die umliegenden Stadtzentren
- zusätzliche Nachtbuslinien nach Königswinter
- höherer Takt bei Vielfahrer*innen
- günstigere Preise
- passendere Taktung bei Umstieg zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln

- Zur Attraktivitätssteigerung zählt aber auch der Ausbau der Infrastruktur rund um den ÖPNV, so wollen wir möglichst schnell Mobilstationen an den Verkehrsknotenpunkten realisieren, mehr und gezielt Park&Ride-Angebote machen sowie den Ausbau von barrierefreien Haltestellen vorantreiben.

Zudem wollen wir aber auch Alternativangebote wie Bürgerbusse, Carsharing und Mitfahrerbanken fördern.

Wir setzen uns für die zügige Umsetzung des noch zu beschließenden Schulwegekonzeptes ein, welches den Schulkindern den sicheren Weg mit dem Fahrrad oder zu Fuß zur Schule ermöglicht und auch an dieser Stelle Individualverkehr reduziert.

Handlungsfeld Gebäudewirtschaft

Ökologische Effizienz-Standards sollen bei städtischen Neubauobjekten nach Möglichkeit über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus, z.B. durch Anlage klimafreundlicher Fassaden- und Dachbegrünung, erfüllt werden.

Bauen mit natürlichen, recyclebaren Rohstoffen wollen wir forcieren und hierbei zukünftig insbesondere eine Unterstützung für private Bauherren bieten.

Stärkung unserer Ortsteile

Bei der Entwicklung der Ortsteile sollen grundsätzlich Potenziale für die Entwicklung von Urbanen Bereichen und Allgemeinen Wohngebieten genutzt werden. Ziel ist eine enge Verzahnung von Wohnen & Arbeiten.

Wir unterstützen die Bemühungen in den Ortsteilen, dezentrale Versammlungsstätten zu realisieren.

Die Ortsentwicklung **Oberpleis** soll mit der Gestaltung des Ortskerns zügig weiterverfolgt und realisiert werden. Sollten keine Städtebaufördermittel oder alternative Fördertöpfe genutzt werden können, soll die Neugestaltung aus städtischen Mitteln finanziert werden.

Ziele:

- Hohe Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum
- Begrünung und Platzcharakter statt Parkplatz

- Anpassung Öffnungszeiten Tiefgarage
- Entwicklung des Kirchvorplatzes als Shared Space

In der Ortsmitte **Heisterbacherrott** soll auf einem kleinen Bereich des heutigen Parkplatzes eine zusätzliche Fläche mit Aufenthaltsqualität entstehen. Die Konzepte der Dorfvereine und einer Nachbarschaftsinitiative sollen mit den Bürger*innen diskutiert werden. Zur Aufwertung des historischen Dorfplatzes am Weiher sollten der Weiher revitalisiert und die Grünflächen aufgewertet werden.

In **Vinxel** soll die Neugestaltung des alten Hobshofgeländes forciert werden. Dazu soll zeitnah der Dialog mit dem Eigentümer der Flächen fortgeführt werden. Grundlage sind viele gute Ideen aus dem Workshop zum Planentwurf für den Änderungsentwurf des B-Plans 50/18.

Zu integrieren sind:

- Versammlungsstätte
- Kindergarten
- Sozialer Wohnungsbau
- Ökologisches Energiekonzept

Die Altstadt als Visitenkarte der Stadt

Die Altstadt von Königswinter besitzt ein riesiges Potenzial, welches endlich genutzt werden muss. Alle bisherigen Versuche, die Altstadt zu beleben, haben nicht den Erfolg gebracht, den man sich seitens Politik und Verwaltung versprochen hatte. Die Altstadtentwicklung wird eine unserer prioritären Aufgaben für die nächsten Jahre sein.

- Dafür muss die Expertise der privaten Akteure, die mit ihren Objekten positive Entwicklungsbeispiele geschaffen haben, genutzt werden. Hier muss ein kontinuierlicher Akteurs-Dialog gestartet werden.
- Hinzugezogen werden müssen die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung aus dem InHK Altstadt.
- Um die wichtigsten Themen kurzfristig angehen zu können, muss der/die Altstadtmanager*in zeitnah eingestellt werden.
- Weitere Maßnahmen aus dem InHK, die nicht förderfähig sind, müssen bezüglich ihrer kurz- und mittelfristigen Umsetzungsmöglichkeit geprüft werden.

- Die Koalition spricht sich ausdrücklich für die Schaffung preiswerten Wohnraums im Stadtgarten-Quartier aus. Der Erhalt der Grünfläche wird unbedingt begrüßt. Die integrierte Lage ist zudem bestens geeignet für die Entwicklung als autoarme Siedlung. Mit der Aufhebung der Straße „Im Stadtgarten“ und der Unterbringung aller Stellplätze in der geplanten Tiefgarage kann die städtebauliche Qualität des Quartiers zusätzlich gesteigert werden.
- Der Denkmalschutz soll einen hohen Stellenwert einnehmen
- Verbesserung des Park-Leitsystems
- Förderung autofreier Wohnkonzepte
- Prüfung der Ansiedlung eines Hochschul- und/oder Berufsbildungsstandortes im Altstadt- bzw Talbereich
- Verbesserung des bestehenden Leitsystems für Besucher*innen

Rahmenbedingungen für eine zukunftsorientierte Verwaltung

Die Frage, wie die Verwaltung zukünftig untergebracht werden soll, um den Bürger*innen unserer Stadt den bestmöglichen Service bieten zu können, muss zeitnah beantwortet werden. Der erhebliche Sanierungstau der drei Altstandorte ist den Mitarbeiter*innen nicht länger zuzumuten. Auch vor dem Hintergrund der Haushaltsentwicklung muss eine Entscheidung entweder für den Neubau eines zentralen Rathauses oder den Erhalt der drei Standorte getroffen werden. Dafür sollen einerseits Ergebnisse der Fraunhofer-Studie, die sich mit angepassten und zukunftsorientierten Arbeitsbedingungen befasst, zeitnah ausgewertet werden. Für eine Entscheidung sind auch weitere Kriterien zu berücksichtigen, wie die Entwicklung der Ortsteile, die energetischen und finanziellen Auswirkungen sowie die Erreichbarkeit für die Bürger*innen.

Zur Realisierung kommunaler Bauprojekte soll die Gründung einer Bau GmbH in städtischer Hand geprüft werden.

3. Kinder und Jugendliche

In Königswinter sollen die grundlegenden Bedürfnisse von allen Kindern und Jugendlichen wahrgenommen und berücksichtigt werden. Eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben muss gewährleistet sein. Beteiligung, Eigeninitiative und bürgerschaftliches Engagement von Kindern und Jugendlichen sollen unterstützt und gefördert werden.

Die Angebote für Kinder und Jugendliche sollen so gestaltet sein, dass auch Kinder und Jugendliche mit Behinderungen, Kinder und Jugendliche aus unterschiedlichen Kulturen und Kinder und Jugendliche, die LSBTTIQ* sind, selbstverständlich teilnehmen können.

Eine bedarfsgerechte und in allen Bereichen inklusive Kinderbetreuung muss gewährleistet sein, sowohl in Kindertagesstätten als auch in der Kindertagespflege. Armut und soziale Ungerechtigkeit, Vernachlässigung von Kindern und Kindeswohlgefährdungen gilt es zu verhindern.

Die Koalitionspartner sind sich einig, dass eine größtmögliche Trägervielfalt gefördert werden soll.

Kinderbetreuung

- Jedes Kind ab dem vollendeten ersten Lebensjahr hat einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz. Soweit dieser von den Eltern in Anspruch genommen wird, muss dieser Platzbedarf in der Stadt erfüllt werden.
- Es soll ein Konzept zur validen Bedarfserfassung und ein Monitoring für Betreuungsplätze entwickelt werden.
- Überbelegungen von Gruppen in den Kitas müssen abgebaut werden.
- Die Beitragsbefreiung für Geschwisterkinder und das erste Kindergartenjahr soll überprüft und ggf. angepasst werden. Unser Ziel ist ein beitragsfreier Kita-Besuch für jedes Kind. Dafür wollen wir u.a. Druck auf die Landesregierung ausüben.
- Wir wollen die Möglichkeit einer städtischen Trägerschaft für Kindertagesstätten prüfen.

Kinderschutz

- Wir überprüfen das bestehende Gesamtkonzept für den präventiven Kinderschutz und entwickeln es bei Bedarf weiter.

- Wir wollen beteiligte Gruppen zum Thema Kinderschutz vernetzen.
- Medienbildung und Medienerziehung sind in diesem Zusammenhang wichtige Themen. Wir prüfen, wie wir die Schulen und die Häuser der Jugend bei dieser Arbeit unterstützen können.

Jugendarbeit

- Wir bekennen uns zu den Häusern der Jugend und sind bestrebt, die Angebote auszubauen.
- Wir werden neue Formen der Jugendarbeit in der Stadt etablieren, z.B. mobile Jugendarbeit. Hier geht es uns insbesondere um Ortsteile, in denen aktuell wenig bis gar keine Jugendarbeit stattfindet.
- Es sollen Beratungs- und Treffangebote für LSBTTIQ* geschaffen werden.
- Die Gewinnung von Ehrenamtler*innen, auch im Bereich der Jugendarbeit, soll optimiert werden.
- Im Zusammenhang mit einer besseren Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, streben wir eine Stärkung des Stadtjugendrings für seine Ferienangebote und seine Funktion als Dachverband der Jugendverbände an.
- Angestrebt wird auch die Verbesserung des Austauschs mit den Schulen in Königswinter und der politischen Bildung durch Planspiele für Kommunalpolitik.
- In Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für Kultur-, Tourismus- und Wirtschaftsförderung soll die Kinder- und Jugendkulturarbeit gefördert werden.

Räume für Kinder und Jugendliche

- Es soll ein Spielplatz- und Schulhofcheck unter Beteiligung von Kindern erfolgen, um die Gestaltung zu optimieren.
- Ebenso soll ein Jugendplatz- und Treffpunktcheck unter Beteiligung von Jugendlichen erfolgen, um auch hier die Gestaltung zu optimieren.
- Die Räume für Kinder und Jugendliche sollen möglichst barrierefrei gestaltet werden. Bei der Einrichtung neuer Dorfgemeinschaftshäuser bzw. Bürgerhäuser müssen Möglichkeiten der Nutzung für Jugendliche mitgedacht werden.

Beteiligung

- Gemeinsam mit dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung werden wir darauf hinwirken, dass Beteiligungsinstrumente für Kinder und Jugendliche weiterentwickelt werden.
- Die Verwaltung soll unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, ggf. mit externer Unterstützung, verbindliche Kriterien zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erstellen, die in allen Dezernaten transparent und verbindlich angewendet werden.
- Wir erstellen eine Informations- und Kommunikationsplattform für Kinder und Jugendliche auf der städtischen Homepage. Hier bieten wir zudem auch Informationen des Kinderschutzes durch Medienbildung für alle Empfängergruppen (Eltern, Lehrer, Kinder, Jugendliche u.a.) an.

4. Schule, Sport & Städtepartnerschaften

Bildung

Gute und chancengleiche Bildung, von Anfang an und ein Leben lang, ist die wichtigste Voraussetzung für Teilhabe an der Gesellschaft und für größtmögliche Entwicklungschancen. Bildung ist ein entscheidender Beitrag, um einem Auseinanderdriften der Gesellschaft entgegenzuwirken und zum sozialen Frieden beizutragen. Entscheidend hierfür ist ein Zugang zu Bildung für alle Menschen, insbesondere für Kinder und Jugendliche, unabhängig von ihrer Herkunft. Dies gilt gerade in Zeiten der Covid 19-Pandemie; auch unter diesen Voraussetzungen haben Kinder und Jugendliche ein Recht auf Bildung. Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft.

Hierfür setzen wir uns für folgende Ziele ein:

Digitalisierung

- Wir wollen die Umsetzung des Medienentwicklungsplans konsequent fortsetzen. Hierbei sollen die vordringlich anstehenden Aktivitäten zur besseren technischen Ausstattung v.a. der Grundschulen unter Einbeziehung aller staatlichen

Förderprogramme fortgeführt und die Medienkompetenz der Lehrer weiter gestärkt werden.

- Die geplanten Endgeräte für Schüler*innen sollen so schnell wie möglich eingesetzt werden. Bei der Anschaffung von Endgeräten durch die Schulen wird auf die Kompatibilität der digitalen Systeme geachtet.
- Sowohl Schulen als auch Schüler*innen/Lehrer*innen benötigen technischen Support bei der Anschaffung, der Einrichtung und dem Betrieb der technischen Ausstattung (Hardware) wie auch von eLearning-Systemen und sonstigen Anwendungen (Software). Hierfür ist ein personeller Ausbau dringend erforderlich. Wir prüfen die Finanzierung weiterer Stellen in der Funktion einer/s „Digitalen Hausmeisterin/s“ bzw. einer „Digitalen Hotline“, welche/r zentrale Anlaufstelle für Schulen und Lehrer*innen bei technischen Fragen ist. Die Wartezeiten bis zum Einsatz des Supportteams müssen verkürzt werden

Grundschulen

- Wir bekennen uns zu den bestehenden Grundschulstandorten und setzen uns für ihre Stärkung ein.
- Die Grundschulen werden im Hinblick auf die vorhandene Technik, Ausstattung und den Gebäudebestand sukzessive überprüft.
- Der bauliche Zustand und die Hygiene der Schultoiletten sollen regelmäßig überprüft werden. Wo erforderlich, wollen wir ein geeignetes Konzept zur Verbesserung der „Toiletten-Situation“ erarbeiten.

Weiterführende Schulen

- Die Möglichkeit, an weiterführenden Schulen Bufdis/FSJler einzusetzen, wird geprüft.
- Wir setzen uns im Rahmen unserer Möglichkeiten dafür ein, dass keinem Kind ein Platz an der Gesamtschule verwehrt wird. Die Einführung eines 6. Zugs in der Gesamtschule wird im Hinblick auf ein Geburts- und Grundschulmonitoring überprüft. Hierbei wird auch geprüft, ob ein Start des 6. Zuges evtl. auch zu einem späteren Zeitpunkt – ab Jahrgangsstufe 7 – sinnvoll ist.
- Das Raumkonzept wird im Hinblick auf Differenzierungsräume für Inklusionsangebote und für die Verwaltung überarbeitet.

- Es muss regelmäßig geprüft werden, ob die Schulsozialarbeit ausreicht und aufgestockt werden muss.

Offene Ganztagschulen

- Wir machen uns für einen Ausbau (Erweiterung und Ausstattung) der OGS-Plätze im Stadtgebiet stark. Das langfristige Ziel ist es, dass alle Kinder einen OGS-Platz erhalten, deren Eltern auf eine Betreuung angewiesen sind, dies ohne Warteliste.
- Für die verschiedenen Offenen Ganztagschulen im Stadtgebiet sollen gleiche Qualitätsstandards erarbeitet werden. Dies gilt auch im Hinblick auf die Qualifikation des OGS-Personals. Wo erforderlich, soll das Personal durch geeignete Maßnahmen fortgebildet werden.
- Diese Standards sollen längerfristig durch eine Koordinierungsstelle innerhalb der Stadtverwaltung sichergestellt werden.
- Die Elternbeiträge werden überprüft, dies insbesondere mit Blick auf die Geschwisterkinderregelung. Angestrebt ist langfristig eine Beitragsfreiheit.

Jugendbeteiligung

- Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche Einblicke in kommunalpolitische Arbeitsfelder erhalten.
- Es wird ein neues Konzept zur verstärkten Beteiligung der Oberstufen-Jahrgänge erarbeitet.

Sport

Alle Bürger*innen, insbesondere Kinder und Jugendliche, sollen die Möglichkeit haben, Freude an Sport und Bewegung zu entwickeln. Sport fördert eine gesunde Lebensweise und ist wichtig für das gesellschaftliche Miteinander. Sportvereine sind ein Treffpunkt für Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht oder Herkunft. Auch für neu Hinzugezogene und Flüchtlinge sind Sportvereine ein wichtiger Anlaufpunkt, um Kontakte zu knüpfen und in Königswinter „anzukommen“. Die Koalition ist sich der Bedeutung der überwiegend ehrenamtlich ausgeübten Vereinstätigkeit bewusst und möchte dieser ihre Wertschätzung ausdrücken.

- Die weitere Einführung von Outdoor-Sportgeräten soll gefördert werden.

- Wir wollen einen Freizeit- und Spielplatzcheck durchführen und prüfen, wo evtl. neue Ausstattungen angeschafft werden. Insbesondere die Situation der im Wohnpark Nord lebenden Kinder und Jugendlichen soll infrastrukturell verbessert werden.
- Wir setzen uns für die Schaffung kinder- und jugendgerechter sowie inklusiver Sportmöglichkeiten ein.
- Wir wollen die Arbeit aller Sportvereine gleichmäßig unterstützen.
- Eine engere Anbindung an den Stadtsportbund wird angestrebt.
- Wir streben eine regelmäßige Überprüfung des Hallennutzungskonzeptes der Stadt Königswinter an.
- Wir wollen das Freibad sanieren und erhalten.

Städtepartnerschaften

Städtepartnerschaften ermöglichen den Austausch zwischen Menschen verschiedener Staaten. Sie tragen zur Völkerverständigung und zum Abbau von Vorurteilen bei. Gerade in der heutigen Zeit ist die Stärkung von internationalen Kontakten ein wichtiges Instrument, um einem fortschreitenden Nationalismus in der Europäischen Union entgegenzuwirken und den Grundgedanken der Europäischen Union, dauerhaft Frieden in Europa zu schaffen, wieder in das Bewusstsein der Bürger*innen zu rufen.

- Wir wollen die bestehenden Städtepartnerschaften stärken und prüfen, wie die Konzepte hierfür modernisiert werden können. Wir wollen den Erfahrungsaustausch in verschiedenen Bereichen (z.B. Verwaltung, Stadtrat, Wirtschaft, Kultur) intensivieren und den Austausch unter jungen Europäer*innen stärken.
- Wir werden die Möglichkeit einer weiteren Städtepartnerschaft, z.B. zu einer Kommune in einem weiteren Mitgliedstaat der Europäischen Union, prüfen.

5. Soziales, Generationen und Integration

In Königswinter gibt es einen Mangel an sozial geförderten Wohnungen. Diesen zu beheben ist eine gesellschaftliche und politische Gesamtaufgabe. Wir wollen als Koalition für neuen Wohnraum, insbesondere für Bürger*innen mit kleinem und mittlerem Einkommen, sorgen.

Inklusion und Gleichstellung sind für uns wichtige Themen in der Koalitionsarbeit.

Weil bis 2030 die über 65-Jährigen voraussichtlich mehr als ein Drittel der Königswinterer Bevölkerung ausmachen werden, legt die Koalition einen ganz besonderen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Seniorenpolitik. Sie geht davon aus, dass die meisten der über 65-Jährigen so lange wie möglich selbstständig in ihrer vertrauten Wohnumgebung bleiben möchten.

Ehrenamtliche Arbeit ist ein Grundpfeiler des gesellschaftlichen Zusammenlebens. In Königswinter profitieren wir von vielfältigem Einsatz von Bürger*innen. Wir wollen die Qualität, Struktur und Wertschätzung dieser Arbeit sicherstellen.

In den drei Bereichen Soziales, Generationen und Integration wollen wir folgende Schwerpunkte setzen:

Soziales

Wohnen

- Wir wollen sozial geförderten Wohnraum unterstützen. Bei neuen Baugebieten wollen wir konsequent dafür sorgen, dass auch Wohnraum für Bürger*innen mit kleinen und mittleren Einkommen entsteht.
- Wir möchten ein Monitoring anstoßen, mit dessen Hilfe der Bedarf für Sozialwohnungen möglichst genau ermittelt wird.
- Wir werden uns im Aufsichtsrat der WWG dafür einsetzen, dass die vorhandenen Sanierungsstaus der WWG-Wohnungen aufgelöst werden.
- Die Obdachlosenunterkünfte in Königswinter sollen auf ihre zeitgemäße Ausstattung hin untersucht und ggfs. angepasst werden.
- Konzepte für generationenübergreifendes Wohnen sollen entwickelt werden.
- Wir prüfen die Möglichkeiten mittelfristig „Quartiersmanager*innen“ in den Ortsteilen zu etablieren.

Sozialverbände

- Wir wollen die Königswinterer Sozialverbände, z.B. AWO und VdK, in ihrer Arbeit finanziell unterstützen und stärken. Dazu gehört für uns auch die Königswinterer „Tafel“.

Aktionsplan Behindertenrechtskonvention

- In Königswinter muss ein „Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention“ erstellt werden.

Gleichstellung

- Den Gleichstellungsplan der Stadt Königswinter wollen wir regelmäßig überprüfen und ggfs. fortschreiben.
- Wir setzen uns für neue Projekte, wie z.B. mehr Frauen in der Politik ein.

Generationen

Seniorenvertretung

- Damit die Interessen der Senior*innen in den politischen Gremien und in der Verwaltung so wirksam wie möglich berücksichtigt werden, wollen wir mittelfristig eine unabhängige Seniorenvertretung etablieren. Im Prozess der Etablierung ist uns wichtig, dass die verschiedenen Seniorenprojekte in Königswinter (wie die Netzwerke ‚Senioren‘ beim Forum Ehrenamt oder ‚Aktiv im Alter‘) angemessen eingebunden werden.

Koordination Seniorenarbeit

- Um die Bedarfe der Senior*innen ausreichend zu berücksichtigen, benötigen wir eine*n aufsuchende*n Ansprechpartner*in zur Unterstützung.
- Eine Koordinationsstelle sollte alle Angebote bündeln und den Prozess der Etablierung einer Seniorenvertretung durch alle Phasen hindurch aktiv begleiten.
- Ein weiterer Schwerpunkt ist das kontinuierliche Monitoring über alle aktuellen stationären und teilstationären Angebote.
- Auch das Konzept ‚Wohnungstausch‘ (Senior*innen tauschen zu große Wohnungen gegen kleinere ein) sollte hier angesiedelt werden.

Pflege

- Um zu gewährleisten, dass ältere Menschen so lange wie möglich in ihrem sozialen Umfeld bleiben können, müssen äußere Rahmenbedingungen verbessert werden.
- Um die häusliche Pflege zu entlasten, wollen wir die Anzahl der Tages- und Kurzzeitpflegeplätze erhöhen.
- Pflege ist ein zentrales Handlungsfeld des Rhein-Sieg-Kreises. Auch die Stadt Königswinter muss sich im Rahmen der Daseinsvorsorge aktiv um Investoren in allen Bereichen der Pflege bemühen. In Neubaugebieten sollen auch die besonderen Bedarfe älterer Menschen berücksichtigt werden.
- Wir unterstützen den bedarfsgerechten Ausbau von Hospizdiensten.

Integration & Flüchtlingsarbeit

- Wir wollen die Einrichtung eines Integrationsrates positiv begleiten.
- Um die bislang sehr erfolgreiche Integrationsarbeit der Stadt Königswinter zu festigen, soll die Stabsstelle „Integration und ehrenamtliche Flüchtlingshilfe“ weitergeführt werden.
- Um die Integration von Flüchtlingen und Migranten weiterhin erfolgreich zu gestalten, werden wir die Einrichtungen „Grenzenlos“ und „NIK“ auch zukünftig fördern.
- Flüchtlingsunterkünfte werden regelmäßig auf die Belange der Bewohner*innen überprüft und nötige Verbesserungen vorgenommen.
- Entgegen dem derzeitigen Verfahren möchten wir erreichen, dass Asylbewerber*innen den Zugang zu einer elektronischen Gesundheitskarte erhalten.
- Wir wollen dem Bündnis „Sicherer Hafen“ beitreten und dementsprechend eine angemessene Anzahl von Flüchtlingen aus überbelegten Lagern aufnehmen.

6. Kultur-, Tourismus- und Wirtschaftsförderung

Königswinter ist eine lebendige Kultur- und Tourismusstadt. Wir wollen dieses Bild festigen und ausbauen. Für uns muss insbesondere Kultur ein stärkeres Gewicht als bisher bekommen.

Neben der Förderung der Musikschule, des Siebengebirgsmuseums und der Volkshochschule Siebengebirge ist ein ganzjähriges Kulturangebot in allen größeren Ortsteilen Königswinters das Ziel. Wir wollen Tourismus und Kultur eng verzahnen und stärker vermarkten.

Königswinter ist ebenso ein attraktiver Wirtschaftsstandort, den wir zukunftsorientiert gemeinsam mit den Unternehmen stärken und weiterentwickeln wollen. Bei der Ansiedlung neuer Unternehmen wollen wir insbesondere um Zukunftsbranchen und nachhaltige Unternehmen werben.

Um diesen Themen nachhaltig Gewicht zu verleihen, gründen wir einen Tourismus- Kultur- und Wirtschaftsförderungsausschuss. Eine enge Zusammenarbeit des Ausschusses mit der Tourismus GmbH und der WWG wird angestrebt. Folgende Maßnahmen sind geplant:

Kulturförderung

- Es wird ein Kulturentwicklungsplan erarbeitet, der eine Bestandsaufnahme enthält, Ziele festlegt und die notwendigen Ressourcen definiert. Der Kulturentwicklungsplan wird zusammen mit den Kultureinrichtungen und Kulturschaffenden und unter Beteiligung der Bürger*innen beraten und vom Stadtrat beschlossen.
- Der Ausschuss vernetzt sich mit Künstler*innen und Kulturinitiativen, die im Ausschuss bei Bedarf Rederecht haben. Der Ausschuss ist an einer Vernetzung aller an Kultur Beteiligten interessiert und versteht sich hier als Impulsgeber und als Koordinierungsstelle.
- Im Rahmen eines Veranstaltungsstätten-Konzepts wollen wir in allen größeren Ortsteilen mehr Veranstaltungsorte als bisher für Kultur schaffen.
- Wir wollen die Öffentlichkeitsarbeit für Kulturveranstaltungen stärken.
- Die Kultur soll in der Verwaltungsgliederung einen größeren Stellenwert erhalten.

Tourismusförderung

- Wir streben an, die touristische Wertschöpfung zu steigern. Dies kann gelingen, wenn Tourismus neu gedacht wird. Hierzu sollen insbesondere neue Zielgruppen angesprochen werden. Es werden Konzepte für sanften Tourismus, wie Wander- und Fahrradtourismus, fortgeschrieben und weiterentwickelt. Dabei ist die interkommunale Zusammenarbeit, vor allem mit Bonn und Bad Honnef, zu stärken.
- Die Bäder werden in die Tourismusplanung einbezogen.
- Der Ausschuss organisiert in Zusammenarbeit mit der Tourismus GmbH zwei Mal jährlich einen „Runden Tisch Tourismus“ mit allen Beteiligten, z.B. mit Hotels, Gastgewerbe, Gewerbevereinen. Sie werden in aktuelle und mittel- und langfristige Planungen und Entscheidungen der Stadt einbezogen, die den Tourismus direkt oder indirekt betreffen.
- Die Altstadt wird in Zusammenarbeit mit dem geplanten Altstadtmanagement als lebendiger, attraktiver touristischer Standort weiterentwickelt.

Das Tourismusbüro soll am Marktplatz (Rathaus) angesiedelt bzw. die Realisierbarkeit dieses zweiten Standortes soll geprüft werden.

- Fahrradparkplätze und -boxen für E-Bikes werden angelegt.
- Wir wollen die Errichtung jeweils eines Wohnmobilstellplatzes im Tal- und Bergbereich forcieren, um Königswinter als Tourismusstandort zu stärken. Dies kann unter privater oder städtischer Trägerschaft geschehen.

Wirtschaftsförderung

- Wirtschaftsförderung in einer Stadt wie Königswinter, die durch städtische und ländliche Strukturen geprägt ist und sich auf viele kleine Stadtteile verteilt, muss bedarfsgerechte Lösungen entwickeln. Ein besonderes Augenmerk ist dabei auf die durch Corona hervorgerufenen Veränderungen in der Unternehmensumwelt zu legen.
- Im Zuge der akuten Corona-Krise, der notwendigen Maßnahmen gegen den Klimawandel und der dynamischen Digitalisierung aller Bereiche der Gesellschaft werden nun das gesamte produzierende Gewerbe von Königswinter und auch viele Selbstständige von einem neuen Strukturwandel erfasst werden. Diese

Herausforderung wollen wir in Königswinter meistern. Wir wollen proaktiv handeln und dazu die Verantwortlichen der Unternehmen, Betriebsräte, Stadtverwaltung, des Stadtrats und kompetente und engagierte Bürger*innen an einen Tisch bringen. Hierzu wollen wir einen Wirtschaftsbeirat in Königswinter einrichten.

- Wir setzen uns insbesondere für die Ansiedlung von Zukunftsbranchen und nachhaltig wirtschaftenden Unternehmen in unseren bestehenden bzw. noch zu planenden Gewerbegebieten ein.
- Die Wirtschaftsförderungs- und Wohnungsbaugesellschaft der Stadt soll enger mit politischem Handeln vernetzt werden. Hierzu soll die/der Geschäftsführer*in der WWG über aktuelle und geplante Maßnahmen der Wirtschaftsförderung regelmäßig im Kultur-, Tourismus- und Wirtschaftsförderungsausschuss berichten.
- Geprüft werden soll, ob der Aufgabenbereich der Wirtschaftsförderung auch in die Verwaltungsorganisation der Stadt integriert werden kann.
- Entsprechend der vorhandenen Rahmenbedingungen braucht es individuelle Lösungen. So kann es im Talbereich beispielsweise darum gehen, ein Geschäfts- oder Ladenvitalisierungsprogramm ins Leben zu rufen, das auf einer umfassenden Analyse der kaufkräftigen Bevölkerung basiert und die gezielte Suche von Geschäftsideen für kleine Geschäfte, die die vorhandene Struktur nutzen können, beinhaltet.
- Realisierung und regelmäßige Fortschreibung des geplanten Leerstandskatasters.
- Gemeinsam mit Kommunen in der Region Bonn-Rhein-Sieg wollen wir uns dafür einsetzen, Einzelhändler*innen und lokal ansässigen Unternehmer*innen zu unterstützen, digitale Vertriebswege aufzubauen.
- Ziel aller Maßnahmen muss sein, einen Kaufkraftexport zu vermeiden.
- Ein weiteres Ziel soll sein, Förderprogramme zu identifizieren und Mittel zu beantragen, aber auch Beratung von Unternehmer*innen zu Fördermöglichkeiten zu leisten.

7. Bürgerbeteiligung

In Zukunft sollen die Bürger*innen von Königswinter über die gesetzlichen Vorschriften hinaus an Planungen und Entscheidungen unserer Stadt beteiligt werden. Dazu braucht es eine

transparente und frühzeitige Information über alle lang- und mittelfristigen sowie über alle aktuellen Planungen, die in einer Vorhabenliste zusammengestellt sind.

Beabsichtigt ist eine verbindliche Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen durch Leitlinien. Ziel ist, gemeinsam gute Lösungen für die Vorhaben auf der Basis einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zu erarbeiten.

- Es wird ein Ausschuss für Bürgerbeteiligung eingerichtet.
- Der Ausschuss behandelt alle eingehenden Anträge und Anfragen von Bürger*innen nach der Gemeindeordnung des Landes NRW. Die betreffenden Bürger*innen haben bei Bedarf Rederecht. Die Anträge und Anfragen werden entsprechend der Zuständigkeitsordnung an die Fachausschüsse bzw. an die Verwaltung verteilt.
- Die Vorhabenliste als Grundlage für frühzeitige Bürgerbeteiligung wird auf der Website veröffentlicht und zwei Mal im Jahr aktualisiert und im Ausschuss diskutiert.
- Um den gesamten Prozess zu steuern, zu koordinieren und mit vorhandenem ehrenamtlichem Engagement zu verzahnen, wird die Einrichtung einer Lenkungsgruppe, bestehend aus Politik, Verwaltung und Bürger*innen geprüft. Die Lenkungsgruppe erarbeitet die Leitlinien für Bürgerbeteiligung, die der Ausschuss für Bürgerbeteiligung in den Stadtrat zur Beschlussfassung einbringt.
- Der Ausschuss berät und beschließt über die Instrumente der Bürgerbeteiligung zu den einzelnen Vorhaben (z.B. Bürgerversammlungen, Online-Befragungen, Workshops, Gutachten, Beiräte). Dabei sollen auch neue Formen der Beteiligung erprobt werden. Der Prozess der Bürgerbeteiligung ist zu evaluieren.
- Da die Bürgerbeteiligung eine Querschnittsaufgabe ist, soll die Verwaltung eine Eingliederung dieser Aufgabe in die Verwaltungsorganisation vornehmen und eine*n zentrale*n Ansprechpartner*in für Bürger*innen und Bürgerinitiativen bestimmen.
- Im Rahmen der Bürgerbeteiligung soll das Beschwerdemanagement der Stadtverwaltung überprüft und optimiert werden.
- In der Öffentlichkeitsarbeit sowie auf der Homepage der Stadt wird das Thema Bürgerbeteiligung prägnanter platziert und ein niederschwelliger Zugang der Bürger*innen zu Politik und Verwaltung geschaffen.

8. Finanzen

Wir verpflichten uns zu einer nachhaltigen Finanzpolitik. Wir stehen aktuell vor der Herausforderung, das Haushaltssicherungskonzept abzuwenden. In den kommenden Haushaltsjahren sehen wir uns auch nach Bereinigung der durch Corona bedingten Sondereffekte einem erheblichen Defizit gegenüber, welches noch im August 2020 nicht erkennbar war. Mittelfristiges Ziel ist es, einen strukturell ausgeglichenen Haushalt bis 2024 zu erreichen.

Folgende Maßnahmen bei den Einnahmen und Ausgaben stehen dabei im Fokus:

- Neue Schulden sind für uns kein Instrument städtischer Finanzpolitik. Ein wesentliches, von uns beeinflussbares Steuerungsinstrument des städtischen Haushaltes ist die Grundsteuer B. Die Hebesätze unserer Stadt liegen im Vergleich zu umliegenden Kommunen im unteren Drittel und bieten damit Einnahmepotenzial.
- Wir sehen es als Grundlage unseres sozialpolitischen Handelns an, die Belastungen für Familien bei den Kita- und OGS-Elternbeiträgen nach Möglichkeiten zu reduzieren.
- Notwendige Sanierungen und Neubauten städtischer Gebäude erfordern erhebliche Investitionen, welche jedoch zur Eigenkapitalbildung beitragen. Dies werden wir mit Augenmaß vorantreiben.
- Einsparpotenziale müssen ebenso ermittelt werden. Hierbei soll beispielsweise geprüft werden, ob bisher extern vergebene Dienstleistungen wieder im eigenen Hause erbracht werden können.
- Es soll ein erneuter Versuch zur Kooperation mit Nachbarkommunen, um ggf. Einsparpotenziale zu generieren, unternommen werden.
- Kein Einsparpotenzial sieht die Koalition im Personalbereich der Verwaltung. Im Gegenteil. Hier müssen unbedingt die bisher unbesetzten Stellen besetzt werden, um eine bürgernahe und serviceorientierte Verwaltung gewährleisten zu können.

In diesem Zusammenhang ist es der Koalition ein Anliegen auch im Bereich des Haushaltes mehr Bürgerbeteiligung zuzulassen. Ziel ist es, dass die Fraktionen von Königswinterer

Wählerinitiative (Köwi), SPD und Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam die Haushalte in der Ratsperiode 2021 bis 2025 verabschieden.

9. Digitalisierung

Wir verstehen die digitale Transformation als konkrete und drängende kommunale Entwicklungsaufgabe, die wir aktiv gestalten wollen. Dazu wollen wir gemeinsam mit den Bürger*innen und den Träger*innen des gesellschaftlichen Lebens (Vereinen, Wirtschaft etc.) eine kommunale digitale Agenda erarbeiten und umsetzen, bei der wir die verschiedenen Handlungsfelder kommunaler Digitalisierung (Infrastruktur, Verwaltung, Bildung, Handel/Tourismus, Verkehr, Teilhabe, etc.) berücksichtigen. Für das Erfüllen der digitalen Entwicklungsaufgaben nötige Haushaltsmittel sind wichtige Investitionen in unsere Zukunftsfähigkeit. Neben der politischen Steuerung des Agenda-Prozesses in Form einer AG aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft, die Entscheidungsvorlagen für die politischen Gremien erarbeitet, ist spätestens mit Beginn von ersten Maßnahmen auch eine hauptamtliche Koordination und Steuerung seitens der Verwaltung vorzusehen, etwa in Form einer Digitalisierungsbeauftragten im Umfeld der strategischen Stadtentwicklung. Für den nötigen Austausch und die Koordination von Projekten mit dem Kreis, den anderen Kreiskommunen und der Stadt Bonn soll die AG Digitale Agenda mit den dort zuständigen Gremien Austauschformen finden und etablieren.

Breitbandausbau für ganz Königswinter

Wir begrüßen das Vorhaben der Kreispolitik, dafür Sorge zu tragen, dass alle Bürger*innen des Rhein-Sieg-Kreises bis 2025 mit schnellen Glasfasernetzen bis zum Gebäude (FTTH) versorgt werden können und bereits vor Ende 2021 auch im ländlichen Raum einen flächendeckenden Datentransport mit mindestens 50 Mbit/s zu ermöglichen. Auch die Orte und Haushalte in Königswinter, die im derzeitigen Kreis-Ausbauprogramm noch nicht enthalten sind, sollen so in absehbarer Zeit Breitbandversorgung erhalten können und wir werden als Koalition darauf drängen, diese Ziele tatsächlich zu erreichen. Neue Fördermöglichkeiten und notfalls auch eigene Mittel und Planungen sind dafür probate Mittel, die im laufenden Prozess der Abarbeitung der digitalen Agenda jeweils nachgesteuert werden sollen. Insbesondere die

Versorgung von Bildungseinrichtungen, Räumen des öffentlichen Lebens und von Betrieben haben hier höchste Priorität.

Öffentliche WLAN-Netze

Das gilt auch für die Versorgung mit kostenfreiem öffentlichem WLAN nach den Kriterien des FREIFUNKS. Für solche WLAN-Netzwerke als öffentliches Gut, die bereits an verschiedenen Stellen in der Stadt bestehen, wollen wir sukzessive alle Liegenschaften der öffentlichen Hand zur Verfügung stellen und den dort In- und Outdoor Anlagen errichtenden ehrenamtlichen Trägern neben Strom und Netzzugang auf Antrag auch jeweils einen Zuschussbeitrag für die nötige Hardware bewilligen. Auch hier sollen evtl. Fördermöglichkeiten genutzt werden. Bei den Betrieben und Vereinen werden wir für den weiteren Ausbau werben und versuchen, bei zukünftigen Projekten und Events im Bereich Tourismus, Stadtkultur und Politik freies WLAN zu ermöglichen.

Digitale Verwaltung

Neben dem Großthema Breitbandausbau (digitale Infrastruktur) sind insbesondere die Digitalisierung und Öffnung des Verwaltungshandelns (eGovernment, Open Government) samt Öffnung und Vernetzung der Daten der öffentlichen Hand (Open Data) und der verwendeten Software (Open Standards, Open Source), sowie die Digitalisierung der Schulen unsere wichtigsten Ziele. Neben den genannten Kernbereichen spielen dabei auch die kommunalen Entwicklungsaufgaben rund um Smart City/Rural (Mobilität, Teilhabe, Ressourcen-Management, usw.) und das Internet of Things (automatisierte Sensoren und deren Vernetzung) eine Rolle, sowie die Förderung digitaler Wirtschaftsformen (neue Wertschöpfungsansätze und Geschäftsmodelle), die IT-Sicherheit und IT-Strategie der Stadt, Future of Work (digital gestützte neue Arbeitsformen in der Verwaltung und den politischen Gremien), das Wissensmanagement in der Stadt und neue Kommunikationsformen zwischen öffentlicher Hand und den Bürgern und Betrieben/Organisationen. Bereits realisierte Projekte in anderen Kommunen und niederschwellige Plattformen wie „Digitale Dörfer - Vom Land fürs Land!“ des Fraunhofer-Institut für Experimentelles Software Engineering (IESE) werden uns dabei als Vorbild dienen.

Digitale Bildung

Digitale Bildung und digitale Mündigkeit wollen wir als neues Fokusprojekt der kommunalen Bildungspolitik etablieren. In Zusammenarbeit mit der AG Digitale Agenda und entsprechenden Stellen im Kreis und Land sollen dabei die Medienentwicklungspläne der Schul- und Kitaträger durch Veranstaltungen, Musterpläne etc. fachlich besser unterstützt und besser mit dem Fachdiskurs (z.B. bei der Gesellschaft für Informatik und in den diversen Stiftungen) vernetzt werden. Angesichts des Anpassungsdrucks durch die Pandemie und im Raum stehenden neuen Fördermöglichkeiten sollten die Medienentwicklungspläne auch vorzeitig Aktualisierungen unterzogen werden.

Digitales Ehrenamt

Die Übernahme des Bonner Beschlusses „Digitales Ehrenamt“ soll zudem dazu beitragen, Interesse und Engagement der Zivilgesellschaft für die digitale Bildung und digitale Mündigkeit zu verstärken und gemeinwohldienliche Freizeittätigkeiten etwa im Bereich Freifunk oder Maker-Spaces zu unterstützen.

Königswinter, den 16. November 2020

Für die Königswinterer Wählerinitiative:	_____	_____
	(Florian Striewe – Vorsitzender)	(Stephan Bergmann – Fraktionsvorsitzender)
Für die SPD Königswinter:	_____	_____
	(Nils Suchetzki – Vorsitzender)	(Dirk Lindemann – Fraktionsvorsitzender)
Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Königswinter:	_____	_____
	(Jasmin Sowa-Holderbaum – Vorsitzende)	(Thomas Koppe – Fraktionsvorsitzender)